



Bundshaushaltsplan 2025

Von einem großen Zukunftsentwurf keine Spur

Anmerkungen zur Anhörung des Haushaltsausschusses zum Bundshaushaltsplan für 2025 am 23. September 2024

Im Haushalt einer Regierung manifestiert sich ihre Politik. Die Herausforderungen der nächsten Jahre sind dabei groß: erodierende Standortbedingungen, wirtschaftliche Stagnation, Deindustrialisierung, Klimawandel und Transformation der Wirtschaft, geopolitische Umbrüche, Hochtechnologiewettbewerb, Restriktionen der Demografie. All das erfordert einen groß angelegten Politikansatz, weitreichende Strukturreformen und klare politische Prioritäten. Von einem großen Zukunftsentwurf in diesem Sinne ist im Haushaltsplan der Bundesregierung für 2025 aber wenig zu erkennen.

Klagen über fehlenden Handlungsspielraum lenken ab. Die Bundesregierung verbucht 2025 Rekordeinnahmen in Höhe von 399 Mrd. Euro. Das ist eine Steigerung gegenüber 2019 um 70 Mrd. Euro bzw. 21 Prozent. Bis zum Jahr 2028 werden die Steuereinnahmen gegenüber 2025 um weitere 40 Mrd. Euro steigen. Für 2025 sind 50 Mrd. Euro an neuem Schulden geplant. Obwohl die Bundesregierung also von Rekordeinnahmen profitiert, hat sie Mühe, die Schuldenbremse einzuhalten und muss die grundgesetzlichen Spielräume zur Schuldenaufnahme bis zu Grenze ausreizen. Insgesamt ist der finanzielle Handlungsspielraum der Bundesregierung ist größer denn je.

Die Bundesregierung nutzt die steigenden Einnahmen zu einer kräftigen Erhöhung ihrer Gesamtausgaben. Seit 2019, dem Jahr vor der Pandemie, werden im Jahr 2025 die Ausgaben des Bundes von 362 Mrd. Euro um 48 Prozent auf 536 Mrd. Euro

gestiegen sein. Obwohl die Krise vorüber ist, sinken die Staatsausgaben um lediglich 20 Mrd. Euro. Eine Rückkehr zur krisenbereinigten Normalität ist in den Staatsausgaben nicht zu erkennen. Sie müssten viel stärker sinken, als die Bundesregierung es vorsieht.

Damit setzt sich ein dramatischer Trend in Richtung Staatswirtschaft fort. Die Staatsquote sinkt zwar gegenüber den Krisenjahren, liegt 2025 aber immer noch bei 48 Prozent, drei Prozentpunkte über dem Wert von 2019 (rd. 45 Prozent). Wir haben international die höchsten Steuern. Zugleich ufert die staatliche Reglementierung aus. Wir bewegen uns Weg von der Marktwirtschaft, hin zur bürokratischen Staatswirtschaft. Das lähmt die Wirtschaft und zementiert den Weg in eine anhaltende Stagnation. Das Beispiel Japan sollte uns eine Lehre sein. Der Haushaltsplan der Bundesregierung für 2025 steht für ein „weiter Richtung Staat“ zu Lasten der gesamtwirtschaftlichen Dynamik. Das ist die falsche Richtung.

Die Bundesregierung rechtfertigt diese Entwicklung mit dem hohen Investitionsbedarf für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Es kursieren Zahlen von einem staatlichen Investitionsbedarf für die nächsten 10 Jahre von 450 bis über 1.000 Mrd. Euro. Es ist offensichtlich, dass keine Regierung alle Wunschzettel erfüllen kann. Man kann und darf weder haushalterische noch gesamtwirtschaftliche Budgetgrenzen ignorieren. Die Bundesregierung muss sich zu einer klaren politischen Prioritätensetzung durchringen. Und sie muss ihre Haushaltstruktur den Herausforderungen der Zeit anpassen. D. h. konkret, dass sie sich bei den Gegenwart- und Transferausgaben sehr viel stärker zurückhalten muss und die investiven Ausgaben v. a. in Infrastruktur dagegen viel kräftiger steigern muss. So waren die Mehrausgaben für das Bürgergeld nicht nur nicht nötig, sondern falsch. Fehler kann man korrigieren. Zwar sind die Investitionsausgaben auf rd. 70 Mrd. Euro gestiegen. Das macht aber lediglich 17 Prozent des Gesamthaushalts aus und beinhaltet in erheblichem Umfang finanzielle Transaktionen, die nicht unmittelbar in die Infrastruktur fließen. Hier ist mehr nötig und möglich. Die Bundesregierung muss v. a. erheblich mehr Mittel für Infrastruktur und für Sicherheit und Verteidigung bereitstellen und dabei v. a. auch an die Anbieter aus der deutschen Industrie denken. Ein pragmatisches Vorgehen wäre es, wenn die Bundesregierung die

Steuermehreinnahmen, die bis 2028 erwartet werden, ausschließlich für Infrastruktur, Sicherheit und Verteidigung reserviert und das Niveau der Transferausgaben einfriert.

Wenn es darum geht, für die Transformation der Wirtschaft und der Gesellschaft Investitionen zu mobilisieren, muss die Bundesregierung v. a. die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit ankurbeln. Die private Wirtschaft schultert 90 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland. Damit die Wirtschaft das aber leisten kann, braucht sie die notwendigen Spielräume, d. h. Gewinne. Deshalb ist das wirksamste Instrument für mehr Zukunftsinvestitionen eine breite und substanzielle Senkung der Unternehmenssteuern. Steuersenkungen bedeuten mehr Wachstum und dann auch wieder mehr Steuereinnahmen. Die Spielräume dafür muss die Bundesregierung im Sinne einer politischen Prioritätensetzung durch Umschichtung im Haushalt und durch den Abbau von Subventionen finanzieren. Das Ganze ist nur eine Frage der Prioritäten. Im Übrigen würde eine mutige Deregulierung für zusätzliche Investitions- und Innovationsdynamik sorgen und das würde den Staat kein Geld kosten.

Kurz: Ein Haushaltsentwurf, der einen mutigen Zukunftsentwurf der Politik der Bundesregierung materiell unterlegt, würde die staatliche Ausgabendynamik stoppen, die Schuldenbremse achten und Haushaltstruktur grundlegend neu austarieren in dem er bei den Transfer- und Gegenwartsausgaben einen Stopp bzw. Abbau vorsieht und die Ausgaben in Infrastruktur einerseits und Sicherheit- und Verteidigung andererseits kräftig ausweitet. Zudem würde ein mutiger Zukunftsplan Bürger und Wirtschaft bei Steuern und Abgaben deutlich entlasten. Ein mutiger Zukunftsentwurf führt den Staatsanteil an der Wirtschaft wieder in Richtung 40 Prozent zurück, vertraut wieder mehr auf die Verantwortung der Unternehmer, auf Markt und Wettbewerb. Das war unser Erfolgsrezept in der Nachkriegszeit. Diese Strategie ist auch die beste Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

München, 23.09.2025

V. i. S. d. P.: Dr. Johann Schachtner, Generalsekretär